



SEITE 2/3
Bilanz 2014: viel bewegt für die Menschen

Editorial von Christine Lambrecht, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin



SEITE 4/5
Im Gespräch: SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann

SEITE 6
Viel erreicht und noch viel vor – ein Ausblick



SEITE 7
Planspiel Zukunftsdialog: Jugend macht Politik

SEITE 8
Gelungener Kraftakt: ein Haushalt ohne Schulden

GUTE ARBEIT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 07/2014

Gerechte Politik kommt an

Die SPD-Fraktion schafft spürbare Verbesserungen für Millionen von Menschen.

Politik und Gesetze sind kein Selbstzweck. Sie sollen das Leben der Menschen verbessern. Deshalb haben die Sozialdemokraten in der Großen Koalition von Anfang an aufs Tempo gedrückt und wichtige Gesetzesvorhaben schnell auf den Weg gebracht. Jetzt kommen sie bei den Menschen an. „Wir sind die treibende Kraft dieser Koalition. Das ist gut für unser Land und für die Bürgerinnen und Bürger“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Ob Rentnerinnen und Rentner, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, pflegende Angehörige oder junge Eltern – für sie alle wird es ein bisschen einfacher – dank guter Politik und Gesetzen, die ihr Leben unmittelbar verbessern.

Leistung anerkennen

Das Gesetz zur Rentenreform macht es schon heute. Seit dem 1. Juli 2014 können Menschen früher abschlagsfrei in Rente gehen. 163.000 Menschen haben bei der deutschen Rentenversicherung bereits einen Antrag gestellt. „Das ist eine gerechte Anerkennung für die Menschen in unserem Land, die besonders langjährig gearbeitet und in die Rentenversicherung eingezahlt haben“, sagt die Sprecherin der SPD-Fraktion für Arbeit und Soziales Katja Mast.

Um gerechte Anerkennung geht es auch beim gesetzlichen Mindestlohn, für den die SPD-Fraktion lange gekämpft hat – mit Erfolg: Im Januar werden Millionen Beschäftigte die größte Gehaltserhöhung ihres Lebens bekommen. Der Mindestlohn gibt ihrer Arbeit Wert und Würde zurück und macht viele unabhängig von ergänzenden Sozialleistungen.



Dank sozialdemokratischer Politik geht es vielen Menschen ab Januar 2015 besser.

Zukunftsvorsorge

Im Pflegebereich war schnelles Handeln dringend nötig: Knapp 2,5 Millionen Menschen sind schon heute auf tägliche Pflegeleistungen angewiesen, bis 2030 werden es 3,31 Millionen sein. Ab dem 1. Januar hilft ihnen ein Gesetz zur Stärkung der Pflege. Die Pflegebedürftigen erhalten verbesserte Leistungen und die pflegenden Angehörigen sowie Pflegefachkräfte werden entlastet. Dafür stehen insgesamt 2,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Für Angehörige wird es zudem einfacher, Pflege, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen.

Auch im Gesundheitsbereich gibt es ab Januar Verbesserungen. Die kleine Kopfpauschale bei den gesetzlichen Kassen fällt weg, die Beiträge werden

von 15,5 auf 14,6 Prozent gesenkt. Künftig können Krankenkassen Zusatzbeiträge nur noch einkommensabhängig erheben. Das heißt konkret: Wer weniger verdient, zahlt auch weniger.

Und wenn der Bund ab 2015 den Betrieb von Kitas mit jährlich 845 Millionen Euro unterstützt, wird die Suche

nach einem Kitaplatz für alle Eltern leichter.

„Wir versprechen nicht nur, sondern wir halten Wort“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Gesagt, getan, gerecht. Das sei mehr als ein einprägsamer Slogan. „Dahinter verbergen sich spürbare Verbesserungen für Millionen von Menschen.“ ■

Das kommt am 1. Januar 2015

- Mindestlohn von 8,50 Euro.
- Bessere Leistungen in der Pflege.
- Bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf.
- Senkung der Krankenkassenbeiträge und Abschaffung der kleinen Kopfpauschale.
- Mehr Geld für den Kita-Ausbau.
- Ausgeglichener Haushalt.
- Entlastung der Kommunen um eine Milliarde Euro.
- Verbesserte Leistungen für Asylsuchende.

2014: viel bewegt für die Menschen

Die SPD-Fraktion hat sich in der Koalition von Anfang an viel vorgenommen – und hat viel erreicht. 2014 haben die Sozialdemokraten zahlreiche ihrer Vorhaben umgesetzt. Eine Bilanz.

Mindestlohn ist Meilenstein

Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass alle Menschen von ihrer Arbeit leben können – und ist sich dabei mit der Bevölkerung einig: 82 Prozent der Deutschen sagen „Ja“ zum gesetzlichen Mindestlohn. Am 01. Januar 2015 ist es soweit: Alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bekommen einen gesetzlichen Anspruch auf einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Im Übergang bis Ende 2016 sind Abweichungen vom Mindestlohn möglich. Voraussetzung dafür ist in der Regel ein bestehender Tarifvertrag. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der Mindestlohn dann flächendeckend und für alle Branchen.

Mit der Einführung des Mindestlohns löst die SPD-Fraktion eines ihrer zentralen Versprechen aus dem Koalitionsvertrag ein. Die Sozialdemokraten wollen, dass alle Menschen von ihrer Arbeit leben können. Der Mindestlohn macht viele unabhängig von ergänzenden Sozialleistungen und setzt dem Lohndumping ein Ende. ■



Gute Tariflöhne

Es ist eine einfache Rechnung: Mit Tarifverträgen haben es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Regel besser als ohne. Tarifverträge sorgen für faire Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung der Beschäftigten. Künftig können sie leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden. Sie gelten dann auch für diejenigen Arbeitgeber und Arbeitnehmer der gleichen Branche, die nicht tarifgebunden sind. Möglich ist dies bislang, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt und der Tarifvertrag mindestens für die Hälfte der Beschäftigten der jeweiligen Branche gilt. Dieses 50-Pro-

zent-Quorum entfällt. Dadurch können Tarifverträge leichter auf gesamte Branchen erstreckt werden. ■

Bezahlbares Wohnen

Gutes Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden. Mit der Mietpreisbremse und guten Bedingungen für Neubauten sorgt die SPD-Fraktion dafür, dass Wohnen für alle bezahlbar bleibt. Mehr Investitionen in die Städtebauförderung sorgen für eine bessere Lebensqualität vor Ort.

Bei der Wiedervermietung von Bestandswohnungen in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt dürfen Mieten künftig höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Bei der Beauftragung eines Maklers gilt: „Wer bestellt, der bezahlt“ – in der Praxis meist der Vermieter. Die Neuregelungen sollen im Januar vom Parlament beschlossen werden. Zudem hat die SPD-Fraktion dafür gesorgt, dass die Städtebauförderung von 455 auf 700 Millionen Euro jährlich angehoben wird. Besonders wichtig ist das Programm Soziale Stadt: Damit sich

unsere Städte nicht in arme und reichere Stadtteile spalten, stellt das Programm 150 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. ■

Verdient in Rente

Wer 45 Jahre lang gearbeitet hat, hat sich seine Rente verdient. Deshalb hat die SPD-Fraktion in der Koalition die frühere abschlagsfreie Rente durchgesetzt. Konkret: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die 45 Jahre Rentenbeiträge gezahlt haben, können zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen. Von der neuen Regelung profitieren unmittelbar mehr als 200.000 Menschen. „Mit dem Rentenpaket haben wir Gerechtigkeitslücken geschlossen“, sagt die Sprecherin der SPD-Fraktion für Arbeit und Soziales Katja Mast. „Wir helfen denen, die lange und hart gearbeitet haben. Sie haben es verdient.“ ■

Mehr Zeit für Familie

Die SPD-Fraktion trägt den Lebensentwürfen und -realitäten von Famili-

en Rechnung. Mit einer modernen Zeitpolitik gibt sie Beschäftigten die Möglichkeit, Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Das neue ElterngeldPlus ermöglicht es Eltern, die Elternzeit künftig partnerschaftlich aufzuteilen. Sie bekommen doppelt so lange Elterngeld, wenn sie Teilzeit wieder in den Beruf einsteigen. Wenn Mutter und Vater parallel Teilzeit arbeiten, gibt es vier Monate extra.

Auch pflegende Angehörige bekommen mehr Flexibilität und mehr Rechte. Bei einem akut eintretenden Pflegefall können sie eine zehntägige Auszeit zur Organisation der Pflege nehmen – und erhalten ein Pflegeunterstützungsgeld. Für längere Auszeiten gibt



es künftig einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit: Angehörige können bis zu 24 Monate die Arbeitszeit reduzieren. Damit es nicht am Geld scheitert, haben die Betroffenen Anspruch auf ein zinsloses Darlehen. ■

Bezahlbarer Strom

Die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt – aber ihre Kosten dürfen nicht einseitig bei den Stromkunden liegen. Mit der EEG-Reform hat die SPD-Fraktion deshalb Überförderung bei den Erneuerbaren abgebaut. Der künftige Ausbau konzentriert sich auf kostengünstige Energieträger wie Wind an Land und Photovoltaik. Mit einer Mengensteuerung wird der Ausbau planbarer. Um die Kosten gerechter zu verteilen, wird auch die Eigenstromerzeugung künftig an der EEG-Umlage beteiligt. Klar ist dabei: Die Energiewende darf nicht auf Kosten von guten Arbeitsplätzen und der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes gehen. Die Befreiung für die stromintensive Industrie hat die Koalition deshalb europarechtskonform ausgestaltet. „Die EEG-Reform stellt die Energiewende vom Kopf auf die Füße: Nach vier Jahren Chaos schaffen wir Kosteneffizienz, Planbarkeit und Investitionssicherheit“, sagt SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil. ■

Doppelpass

Mit der Abschaffung der Optionspflicht nimmt die SPD-Fraktion 400.000 jungen Menschen in den nächsten Jahren eine schwere Entscheidung ab. In Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern müssen sich nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist eine enorme Erleichterung für viele junge Menschen mit ausländischen Wurzeln. Mit der Optionspflicht ist ein zentrales Integrationshemmnis weggefallen. ■



Gute Pflege

Menschen wollen in Würde und möglichst in ihrer gewohnten Umgebung alt werden. Die SPD-Fraktion hat deshalb die Situation der Pflegebedürftigen, aber auch ihrer Angehörigen und der Beschäftigten in der Pflege verbessert. Zum 1. Januar 2015 erhalten Pflegebedürftige bessere Leistungen, pflegende Angehörige und Pflegefachkräfte werden entlastet. Die Leistungen in der häuslichen Pflege werden flexibilisiert und Demenzerkrankte besser unterstützt.



Auch die Qualität der stationären Pflege wird gestärkt. Dafür wird der Beitragssatz zur Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte angehoben. Ein Teil der Einnahmen fließt in einen neuen Pflegevorsorgefonds, der ab 2030 die Beiträge stabilisieren soll, wenn Menschen aus den geburtenstarken Jahrgängen pflegebedürftig werden. ■

Kitas, Schulen und Hochschulen. Außerdem steckt der Bund rund 750 Millionen Euro zusätzlich in Krippen und Kitas und stellt bis 2020 rund 10 Milliarden Euro für mehr Studienplätze zur Verfügung. Daneben hat die Koalition das Grundgesetz geändert und das Kooperationsverbot im Hochschulbereich aufgehoben. Damit kann der Bund künftig Universitäten und Fachhochschulen dauerhaft fördern. ■

Das Ende der Kopfpauschale

Wenn der Chefarzt dieselben Zusatzbeiträge zahlen muss wie die Krankenschwester, ist das unsolidarisch. Deshalb hat die SPD-Fraktion stets gegen die „kleine“ Kopfpauschale im Gesundheitswesen gekämpft – mit Erfolg. Künftig richtet sich die Finanzierung der Krankenkassen wieder vollständig nach dem Einkommen. Auch Zusatzbeiträge können die Kassen nur noch prozentual, also einkommensabhängig, verlangen. Ab dem 1. Januar wird zudem der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung auf 14,6 Prozent gesenkt, so werden 20 Millionen Versicherte entlastet. ■

Mehr Geld für Bildung

Bildung ist der Rohstoff der modernen Wissensgesellschaft. Deshalb hat die SPD-Fraktion im Koalitionsvertrag 9 Milliarden Euro zusätzlich für Investitionen in Kitas, Bildung und Wissenschaft durchgesetzt – und ihre Versprechen gehalten. Die Koalition erhöht das BAföG ab Mitte 2016 um 7 Prozent und fördert über 100.000 Studierende zusätzlich. „Das BAföG steht wie kein anderes Gesetz für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit“, sagt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Ernst Dieter Rossmann. Ab 2015 übernimmt der Bund die Kosten des BAföG vollständig. Die Länder investieren die freiwerdenden Mittel in



Editorial



Christine Lambrecht, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin.

Liebe Leserinnen und Leser, wir arbeiten seit einem Jahr mit Hochdruck daran, Deutschland zukunftsfest zu machen und eine Politik umzusetzen, die spürbare Verbesserungen für viele Menschen mit sich bringt. 2014 war deshalb ein sehr intensives Jahr, in dem wir zahlreiche Projekte gemeinsam mit unserem Koalitionspartner umsetzen konnten – viele davon sind seit Jahren sozialdemokratische Kernforderungen. Ich bin stolz, dass wir es nach über zehnjährigem Kampf an der Seite der Gewerkschaften im ersten Regierungsjahr geschafft haben, den Mindestlohn ab 2015 einzuführen. Und zwar flächendeckend. Damit ist der erste Schritt hin zu einer gerechteren Ordnung auf dem Arbeitsmarkt getan, für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird dies eine gewaltige Lohnerhöhung sein. Wir sind für drei weitere Jahre gewählt und wollen weitere Verbesserungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anstoßen. Es ist wichtig, dass die Bundesarbeitsministerin die Langzeitarbeitslosigkeit stärker in den Blick nimmt und konkrete Maßnahmen umsetzt, die den Sockel von fast einer Million Langzeitarbeitslosen abschmelzen sollen. Gerade jetzt, wo die Lage auf dem Arbeitsmarkt so gut ist und wir fast 43 Millionen Erwerbstätige haben, wäre es fahrlässig, diese Gruppe einfach zu ignorieren.

Unser Ziel ist es, für arbeitende Menschen mehr Freiraum für ihr Familienleben zu schaffen. Mit dem ElterngeldPlus bieten wir Eltern neuen Gestaltungsspielraum, familiäre Bedürfnisse und berufliche Aufgaben partnerschaftlich zu teilen. Mit der Familienpflegezeit sorgen wir für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. Am Ende bleibt damit mehr Zeit für Kinder, Eltern und Angehörige. Wir können alles in allem auf ein gutes Jahr zurückblicken. 2015 werden wir unseren Weg weiter gehen. Bis dahin wünsche ich Euch und Ihnen einen guten und entspannten Jahresausklang. ■

**Gesagt
Getan
Gerecht**



Mehr Infos zum Thema:

www.spdfraktion.de



»Die SPD-Fraktion versteht sich als treibende Kraft dieser Koalition«

Thomas Oppermann ist zufrieden mit seinem ersten Jahr als Vorsitzender der SPD-Fraktion. Im Interview spricht er über die Arbeit in der Großen Koalition und wehrt sich entschlossen gegen die Kritik an Mindestlohn und früherer abschlagsfreier Rente.

Sie sind jetzt seit einem Jahr Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Wie haben Sie dieses Jahr erlebt?

2014 war kein langweiliges Jahr – so viel steht fest. Ich hätte nie damit gerechnet, dass die SPD-Fraktion in einer Großen Koalition in so kurzer Zeit so viel umsetzen kann.

Als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer sind Sie gerne mal in die Offensive gegangen und haben den politischen Gegner attackiert. Fiel Ihnen die Umstellung zum Fraktionsvorsitzenden schwer?

„Inhalte umsetzen ist noch schöner, als nur drüber zu reden“

Die Arbeit in der Regierungsverantwortung verlangt andere Fähigkeiten als die in der Opposition. In einer Koalition ist die Abteilung Attacke weniger gefordert. Als Fraktionsvorsitzender geht es vielmehr um Ausgleich und Moderation – nach innen wie nach

außen. Insoweit bedeutet die neue Aufgabe für mich sicherlich eine Umstellung. Aber ich kann Ihnen sagen: Inhalte umsetzen ist noch schöner, als nur drüber zu reden.

Stichwort Inhalte: Wie beurteilen Sie die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion im letzten Jahr?

Die Fraktion hat von Anfang der Legislaturperiode an gut und vor allem konstruktiv gearbeitet. Das ist eine tolle Leistung, besonders der vielen neuen Abgeordneten, die den Parlamentsbetrieb und seine Eigenheiten vorher nicht kannten. Wir haben die Arbeit der Bundesregierung dabei immer kri-

„Am Ende gilt das Strucksche Gesetz: Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es hereingekommen ist“

tisch begleitet und häufig auch korrigierend eingegriffen. Denn am Ende gilt nach wie vor das Strucksche Gesetz: Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es hereingekommen ist.

Gibt es etwas, das aus Ihrer Sicht hätte besser laufen können?

Mehr geht immer. Ich bin aber sehr zufrieden mit unserer Arbeit.

Die Koalition hat schon einige Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag beschlossen. Welche sind die bedeutendsten?

Wir haben bereits entscheidende Punkte aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt, die dort auf Betreiben der SPD-Fraktion enthalten sind. An vorderster Stelle sehe ich die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die Verabredungen zur abschlagsfreien Rente nach 45 Beschäftigungsjahren, die Reform des EEG, die Mietpreisbremse und das ElterngeldPlus. Mit der Frauenquote wird die Gleichberechtigung in den Vorstandsetagen und Aufsichtsräten der Unternehmen einen gewaltigen Sprung nach vorne machen. Mit der Übernahme des BAföGs durch den Bund sichern wir diese sozialdemokratische Errungenschaft auf Dauer. Schaut man sich unsere Bilanz des letzten Jahres an, wird klar: Wir regieren und verändern das Land.

Welche Rolle spielt die SPD-Bundestagsfraktion mit ihren Mitgliedern generell für die Arbeit von Koalition und Regierung?

Die SPD-Fraktion versteht sich als treibende Kraft in dieser Regierung. Wir arbeiten gemeinsam mit unserem Ko-

„Eine streitbare und diskussionsfreudige Fraktion ist wichtig“

alitionspartner an der Umsetzung des Koalitionsvertrages. Gleichzeitig ist die Fraktion aber auch streitbar und diskussionsfreudig. Das ist wichtig, um neue Ideen und alternative Lösungsansätze zu entwickeln.

Auffällig ist, dass die Große Koalition wesentlich geräuschloser arbeitet als die Vorgängerkoalition. Woran liegt das, gibt es weniger Streitpunkte?

Mit dem Koalitionsvertrag haben wir eine solide Basis für unser Regierungshandeln geschaffen. Das ist ein entscheidender Unterschied zur schwarz-gelben Vorgängerregierung, die schon konzept- und planlos gestartet ist. Dass der Koalitionsvertrag eine eindeutig sozialdemokratische Handschrift trägt, macht seine Umsetzung für uns umso leichter. Das heißt natürlich nicht, dass wir über manche Themen und Vorhaben nicht auch engagiert mit unserem Koalitionspartner diskutieren und manchmal auch strei-

„Dass der Koalitionsvertrag eine eindeutig sozialdemokratische Handschrift trägt, macht es für uns leichter“

ten. Wichtig ist am Ende nur, dass wir gemeinsam vertreten, was wir beschlossen haben.

„Wir gehen entschieden gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit vor“

Beschlossen sind bereits die Gesetze zum Mindestlohn oder die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren. Trotzdem stehen sie immer wieder in der Kritik, weil sie angeblich der Wirtschaft schaden. Ist die Kritik berechtigt?

Das ist Unfug. Im Gegenteil: der Mindestlohn wird die Kaufkraft deutlich anheben. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhalten die größte Lohnerhöhung ihres Lebens. Gleichzeitig geben wir den Menschen das Gefühl, dass ihre Arbeit einen Wert hat. Durch das Zahlen von Dumping-Löhnen bekommt man keine guten und motivierten Mitarbeiter. Allein das wird sich positiv auswirken.

Mit der Rente ab 63 erkennen wir die Lebensleistung von langjährigen Beschäftigten an und schließen beste-

hende Gerechtigkeitslücken. Missbrauch durch Frühverrentung schließen wir dabei ausdrücklich aus. Ich halte nichts davon, Gerechtigkeitsfragen und wirtschaftspolitische Erwägungen gegeneinander auszuspielen.

Welche Themen und Vorhaben stehen für die SPD-Fraktion in den nächsten Jahren im Vordergrund?

Wir haben schon viel geschafft, aber noch mehr vor. So stehen jetzt etwa Maßnahmen zum Bürokratieabbau und die Fortschreibung der Energiewende, insbesondere bei der Regulierung der Strommärkte, an.

Mit dem ersten ausgeglichenen Haushalt seit 46 Jahren haben wir Historisches geleistet. Gleichwohl stellt sich die drängende Frage nach mehr öffentlichen und privaten Investitionen, um auch in Zukunft unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Der Bund wird in den nächsten Jahren zusätzlich 10 Milliarden Euro investieren. Das ist zugleich ein wichtiges Signal und ein substanzieller Beitrag.

Der Mindestlohn tritt am 1. Januar in Kraft. Welche weiteren Herausforderungen sehen Sie auf dem Feld der Arbeitsmarktpolitik?

Die gute Lage am Arbeitsmarkt darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch weiterhin Reform- und Regulierungsbedarf besteht. Wir werden entschieden gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit vorge-

hen. Aber auch die gleichbleibend hohe Zahl von Menschen, die länger als ein Jahr keine Arbeit haben, darf nicht ignoriert werden. Ich finde, dass Arbeitsministerin Andrea Nahles gute Konzepte vorgestellt hat, wie Langzeitarbeitslosigkeit bekämpft werden kann.

Ein wichtiges weiteres Thema wird das anstehende Gesetzesvorhaben zur

„Wir stärken die Tarifautonomie, ohne in das Streikrecht einzugreifen“

Wiederherstellung der Tarifeinheit sein. Damit werden Möglichkeiten zur Konfliktlösung zwischen Gewerkschaften und in den Unternehmen geschaffen in Fällen, in denen Tarifverträge unterschiedlicher Gewerkschaften aufeinanderstoßen. Auf diese Weise stärken wir die Tarifautonomie, ohne in das Streikrecht einzugreifen. ■

Mehr Infos zum Thema:

www.spdfraktion.de



Setzt Inhalte lieber um, als nur drüber zu reden: SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann.

Zur Person

Mit rund 91 Prozent der Stimmen haben die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann (60) im Dezember 2013 zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

Zuvor war der Jurist zwischen 2007 und 2013 schon Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion.

Seine politische Karriere hat Thomas Oppermann in Niedersachsen begonnen, wo der ehemalige Richter 15 Jahre lang Mitglied des Landtages war.

Von 1998 bis 2005 war er Minister für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen. ■

**Gesagt ✓
Getan ✓
Gerecht ✓**

SPD-Fraktion: Schon viel erreicht und noch viel vor

Mindestlohn und Rente waren nur der Anfang, auch 2015 werden die Sozialdemokraten wichtige Vorhaben umsetzen. Ein Ausblick.

Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen

Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist der erste Schritt hin zu einer gerechteren Ordnung auf dem Arbeitsmarkt getan. Jetzt sollen neue Regeln bei der Leiharbeit folgen. Die Leiharbeit ist ursprünglich als Instrument eingeführt worden, mit dem Unternehmen kurzfristig Auftragsspitzen bewältigen können. Die Realität sah in den letzten Jahren leider anders aus: Oft wurden ganze Stammbesetzungen durch schlechter bezahlte Leiharbeiter ersetzt. Die SPD-Fraktion will die Arbeitnehmerüberlassung wieder auf ihre Kernfunktion beschränken. Künftig soll es eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten geben. Nach neun Monaten sollen Leiharbeiter Anspruch auf den gleichen Lohn wie die Stammbesetzung haben. Auch den Missbrauch von Werkverträgen zur Umgehung des Arbeitsrechts will die SPD-Fraktion bekämpfen. Mit einer Regelung zur Tarifeinheit will die SPD-Fraktion der Zersplitterung der Tariflandschaft entgegenwirken und das solidarische Miteinander in Betrieben fördern.

Mehr Frauen in Führungspositionen

Frauen in Führungspositionen sind in der Wirtschaft immer noch eine Ausnahme, obwohl sie hoch qualifiziert sind. In keiner anderen Wirtschaftsnation sitzen so wenige Frauen in Führungsetagen wie in Deutschland. Die SPD-Fraktion kämpft seit Jahren für eine gesetzliche Frauenquote und hat sie in den Koalitionsverhandlungen mit der Union durchgesetzt. Ab 2016 sollen demnach in börsennotierten und mitbestimmungspflichtigen Unternehmen mindestens 30 Prozent der Aufsichtsratsposten mit Frauen besetzt sein. Wird die Quote unterschritten, bleiben die Aufsichtsratsmandate unbesetzt.

Der Bund geht dabei mit gutem Beispiel voran: In Aufsichtsgremien, in denen dem Bund mindestens drei Sitze zustehen, soll ab 2018 für diese Mandate sogar eine Quote von 50 Prozent bei Neubesetzungen gelten. Für die SPD-Fraktion ist klar: Deutschland kann es sich nicht leisten, auf hoch qualifizierte weibliche Fach- und Führungskräfte zu verzichten.



Die SPD-Bundestagsfraktion ist die treibende Kraft der Großen Koalition im Deutschen Bundestag.

Berufliche Bildung stärken

Die Sozialdemokraten wollen der Erfolgsstory der beruflichen Bildung zwei weitere Kapitel anfügen: Mit der Allianz für Aus- und Weiterbildung sollen junge Menschen künftig eine Ausbildungsgarantie erhalten. Auch das Meister-BAföG soll verbessert werden, um Karrieren in der Berufsbildung zu erleichtern.

Gleichwertige Lebensverhältnisse

2019 wird der Solidarpakt auslaufen, spätestens dann steht eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bevor. Die SPD-Fraktion tritt in den Verhandlungen für ein solidarisches Gemeinwesen ein, das gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zum Ziel hat.

Verbot von Fracking

Als unkonventionelle Erdgasgewinnung ist Fracking eine Technologie mit erheblichem Risikopotenzial und noch nicht ausreichend erforscht. Deshalb will die SPD-Fraktion Fracking mit umwelttoxischen Stoffen sowie in allen sensiblen Gebieten wie Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten sowie oberhalb von 3000 Metern verbieten. Nur in Ausnahmefällen soll unter strengen Auflagen eine Genehmigung

für Forschungsbohrungen möglich sein, wenn zuvor eine Kommission die Unbedenklichkeit attestiert hat.

Karenzzeiten

Auf Druck der SPD-Fraktion hat die Bundesregierung Eckpunkte festgelegt, um in Zukunft beim Wechsel von politischen Amtsträgern in die Wirtschaft Interessenskollisionen zu verhindern. Mitglieder der Bundesregierung sollen in Konfliktfällen künftig nach ihrem Ausscheiden aus der Politik mindestens zwölf Monate warten, bevor sie ein Jobangebot aus der Wirtschaft annehmen dürfen.

Finanziellen Verbraucherschutz verbessern

Über die Risiken von Finanzprodukten sind Verbraucherinnen und Verbraucher in der Vergangenheit zu schlecht informiert worden. Mit einem Maßnahmenpaket will die Koalition den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher beim Kauf von Finanzprodukten verbessern. Außerdem soll der Zugang zu einer unabhängigen Beratung einfacher werden.

Stromnetze ausbauen

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hängt wesentlich vom Ausbau

der Stromnetze und vom Strommarktdesign ab. Mit besseren Maßnahmen will die SPD-Fraktion mehr Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger beim Netzausbau schaffen. Den Strommarkt wollen die Sozialdemokraten so weiterentwickeln, dass umweltverträglich und zu möglichst niedrigen Kosten die Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt.

Mehr Investitionen

Deutschland hat ein Investitionsdefizit bei öffentlichen und privaten Investitionen. Deshalb erarbeitet eine Expertenkommission Vorschläge, wie die Investitionstätigkeit von privaten Unternehmen verbessert und mehr Kapital in die Finanzierung des Netzausbaus gelenkt werden kann.

Zwangsprostitution bekämpfen

Die Sozialdemokraten wollen Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution besser schützen und die Täter wirksamer bestrafen. Das Aufenthaltsrecht für Menschenhandelsopfer wollen sie weiterentwickeln.

Zudem sollen die Regulierung des Prostitutionsgewerbes und die ordnungsrechtlichen Kontrollmöglichkeiten verbessert werden. ■

Planspiel Zukunftsdialog: Jugend macht Politik

Mit dem Planspiel Zukunftsdialog können Jugendliche ganz konkret erleben, wie die SPD-Fraktion in Berlin arbeitet.

Zum dritten Mal hat die SPD-Fraktion Anfang Dezember ihr Planspiel Zukunftsdialog ausgerichtet. Dafür sind 93 Jugendliche aus ganz Deutschland nach Berlin gekommen, um drei Tage lang die Arbeit der SPD-Fraktion nachzuspielen. Von der Fraktionssitzung bis zur Ausschussarbeit erleben die Jugendlichen beim Planspiel ganz konkret den Alltag der Bundestagsabgeordneten. Sie wählen aus ihren Reihen einen oder eine Fraktionsvorsitzende(n), einen Vorstand, bilden Arbeitsgruppen und erarbeiten Anträge, die sie zum Schluss gemeinsam beschließen. Außerdem gehen die Jugendlichen in die „echten“ Arbeitsgruppen und diskutieren ihre Anträge mit den „echten“ Mitgliedern der SPD-Fraktion.

Die drei Tage waren geprägt durch Debatten über aktuelle Themen. Ein großes Thema während des gesamten Planspiels war die Frauenquote, die zwar viele Teilnehmer befürworteten, aber einige auch kritisch sahen.

In verschiedenen Arbeitsgruppen erarbeiteten die Jugendlichen konkrete Anträge. Dabei tauschten sich die Arbeitsgruppen aus und erstellten Änderungs-



SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann mit den Planspielteilnehmern.

ungswünsche bzw. Änderungsanträge.

Konkrete Forderungen an die Bundesregierung

Die AG Arbeit und Soziales forderte die Bundesregierung zum Beispiel auf, auf kommunaler Ebene ein freiwilliges Förderprogramm einzusetzen, das die Asylsuchenden in Deutschland unterstützt. Denn die seien auf dem Arbeits-

markt stark benachteiligt. Der AG Familie und Frauen ging es vor allem um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Außerdem schlugen die Jugendlichen vor, bei Bewerbungsgesprächen die Frage nach den familiären Verhältnissen zu verbieten. Der Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers soll gestärkt und Kitaplätze sollen kostenfrei werden. ■

Für eine moderne Flüchtlingspolitik

Der syrische Bürgerkrieg und der Vormarsch des Islamischen Staates im Irak haben dazu geführt, dass Millionen von Menschen ihre Heimat verlassen mussten und sich auf der Flucht befinden.

Auch in Deutschland suchen derzeit 200.000 Flüchtlinge Schutz vor Krieg und Gewalt. Die Welle der Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung ist groß und zeigt: Die große Mehrheit der Deutschen ist sich der humanitären Verantwortung in dieser besonderen Lage bewusst.

Mehr Unterstützung für Asylbewerber

Gleichzeitig ist die logistische und finanzielle Herausforderung für die Städte und Gemeinden sowie für Hilfsorganisationen und Behörden enorm.

Dabei sind viele Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, gut ausgebildet und wollen sich mit ihren Fähigkeiten in unsere Gesellschaft einbringen.

Um Flüchtlingen zu helfen und sie bei der Integration in unsere Gesellschaft zu unterstützen, werden nun erhebliche rechtliche Verbesserungen umgesetzt: Asylsuchende können bereits nach drei Monaten eine Arbeit aufnehmen und selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen. „Das ist im Sinne der Betroffenen, die es häufig als Belastung empfunden haben, nicht arbeiten zu dürfen und auf Sozialleistungen angewiesen zu sein“, sagt die SPD-Abgeordnete Daniela Kolbe. Es sei aber auch im Sinne der Steuerzahler, da die Betroffenen schneller aus dem Hilfebezug kommen können.

Zudem wird für Asylsuchende die Bewegungsfreiheit im Alltag verbessert. Asylanträge sollen künftig schneller bearbeitet werden. Dafür sind mehr Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geschaffen worden – wichtige Schritte auf dem Weg zu einer modernen Flüchtlingspolitik.

In den betroffenen Kommunen spie-

len auch die finanziellen Belastungen eine große Rolle. Klar ist: Es darf nicht dazu kommen, dass Städte und Gemeinden mit der Aufnahme von Flüchtlingen überfordert sind. Überfüllte Flüchtlingsheime behindern nicht nur die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen, sie können gleichzeitig Ressentiments und Ablehnung schüren.

Kommunen entlasten

Bund und Länder haben sich nun gemeinsam auf ein Gesamtkonzept verständigt, um die Lasten der hohen Flüchtlingszahlen gesamtstaatlich zu schultern. Dafür sollen 2015 zusätzliche Hilfen in Höhe von 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.

Außerdem werden Bundesimmobilien zur Unterbringung von Flüchtlingen künftig mietzinsfrei überlassen, wodurch Kommunen und Länder jährlich rund 25 Millionen Euro Mietkosten einsparen. ■

Meldungen

Ohne Meister geht es nicht

Mit einem Antrag im Bundestag haben die Fraktionen von SPD und CDU/CSU die Bedeutung des deutschen Meisterbriefes für die duale Ausbildung und die Leistungsfähigkeit des Mittelstands betont.

Hintergrund ist, dass die EU derzeit prüft, ob es in den Mitgliedsstaaten ungerechtfertigte nationale Zutrittschranken zu einzelnen Berufen gibt. Dabei könnte auch die Meisterpflicht ins Visier geraten.

„Der deutsche Meisterbrief ist das Herzstück des Handwerks, welches wiederum unverzichtbar für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist“, sagt die Mittelstandsbeauftragte der SPD-Fraktion Sabine Poschmann.

Die Koalitionsfraktionen fordern die Bundesregierung deshalb auf, sich im Rahmen der Beratungen bei der Europäischen Kommission für den Erhalt des Meistertitels in den handwerklichen Berufen einzusetzen. Gerade im Rahmen der Bestrebungen in anderen Mitgliedsstaaten, eine duale Ausbildung einzuführen, sei der Meistertitel ein wichtiges Element, das erhalten bleiben muss. ■

Für weltweiten Klimaschutz

Bis zum 12. Dezember findet in peruanischen Lima die Weltklimakonferenz statt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein, damit ein Jahr später auf der UN-Klimakonferenz in Paris 2015 ein neues Klimaschutzabkommen vereinbart werden kann. Mit einem Antrag haben die Fraktionen von SPD und CDU/CSU die Bundesregierung aufgefordert, sich weiterhin für ambitionierten Klimaschutz stark zu machen. Ziel müsse es sein, eine Erderwärmung von mehr als zwei Grad zu verhindern. Die Bundesregierung soll sich für ein rechtsverbindliches internationales Klimaschutzabkommen einsetzen, das alle Staaten umfasst, die viele Treibhausgase ausstoßen. Klimaschutz und Wirtschaftswachstum seien keine Gegensätze, sie können miteinander in Einklang gebracht werden, heißt es in dem Antrag. ■

Vorgestellt



Johannes Kahrs

„Politik ist die Kunst, das Notwendige möglich zu machen“ – diesen Satz Herbert Wehners bezeichnet Johannes Kahrs als Grundlage für seine politische Arbeit im Deutschen Bundestag. Der gebürtige Bremer hat das politische Engagement sozusagen in die Wiege gelegt bekommen. Seine Eltern waren beide lange als SPD-Abgeordnete im Bremer Senat aktiv. Der Sohn hat es ihnen nachgemacht. Erst in Hamburg, wo er sich lange in der Kommunalpolitik engagiert hat – und seit 1998 in Berlin, wo er den Wahlkreis Hamburg-Mitte vertritt. Kahrs ist haushaltspolitischer Sprecher und Beauftragter für die Belange von Schwulen und Lesben der SPD-Fraktion. ■



Petra Crone

Was die Politik angeht, ist Petra Crone eine Spätberufene. Erst mit 38 Jahren trat die gelernte Gymnastiklehrerin und studierte Sozialwissenschaftlerin in die SPD ein. Dafür ist sie umso schneller durchgestartet. Im Sauerland machte Petra Crone kommunalpolitisch Karriere. Zwanzig Jahre lang war sie Mitglied im Rat der Stadt Kierspe, davon acht als SPD-Fraktionsvorsitzende. Ihr großes Engagement hat sie 2009 in den Bundestag nach Berlin geführt. Petra Crone ist ordentliches Mitglied in den Ausschüssen für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zudem ist sie in der SPD-Fraktion Sprecherin der AG Demografischer Wandel. ■

Bundeshaushalt 2015: Der gelungene Kraftakt

Haushaltspolitik: Sparen und Gestalten schließen sich nicht aus.

// Es ist ein historischer Vorgang: Der Bund nimmt im nächsten Jahr keine neuen Schulden auf. Der Haushalt 2015 verbindet Ausgabendisziplin mit erhöhten Investitionen. //

Der Bundestag hat für das Jahr 2015 einen ausgeglichenen Haushalt beschlossen. Damit ist klar, dass der Bund im nächsten Jahr zum ersten Mal seit 46 Jahren keine neuen Schulden machen wird. Mit dem Haushalt ohne neue Schulden stoppt die Koalition das Anwachsen des Schuldenberges und durchbricht die Schuldenspirale. Etwas, das in der Vergangenheit selbst in konjunkturell guten Zeiten nie gelungen ist. Damit wird ein wichtiges Ziel sozialdemokratischer Politik verwirklicht.

Kein Selbstzweck

„Es ist nicht einfach, einfach mal keine neuen Schulden zu machen, obwohl das eigentlich selbstverständlich ist“, sagte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Johannes Kahrs. Umso mehr dürfe man sich jetzt auch parteiübergreifend freuen, dass dieser Kraftakt gelungen ist. Der Bundeshaushalt 2015 zeige, dass man keine neuen Schulden machen kann und trotzdem gute, gerechte Zustände hinbekomme.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Verschuldung zum Nulltarif gibt es nicht. Je höher die Schuldenlast, desto geringer der staatliche Handlungsspielraum, insbesondere dann, wenn die Zinsen wieder steigen.

Deshalb ist ein ausgeglichener



Der Bundestag hat für 2015 einen Haushalt ohne neue Schulden beschlossen.

Haushalt kein Selbstzweck, sondern vor allem eine Frage der Gerechtigkeit für nachfolgende Generationen. Klar ist aber auch: Ein Haushalt ohne Schulden darf nicht auf Kosten von wichtigen Zukunftsinvestitionen gehen. Eine solide Finanzpolitik und mehr Investitionen, beides sei notwendig, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann.

Haushalt 2015 ist Meilenstein

Vor diesem Hintergrund ist der Haushalt 2015 ein Meilenstein. Denn er verbindet Ausgabendisziplin mit politischer Schwerpunktsetzung und erhöhten Investitionen. „Wir schaffen den Haushaltsausgleich, ohne am falschen Ende zu sparen“, sagt Thomas Oppermann.

Dazu gehört ein Investitionsprogramm über zehn Milliarden Euro bis 2018, ohne dass der ausgeglichene Haushalt 2015 gefährdet wird. Gleichzeitig erhöht die Koalition die Mittel für Bildung und Forschung, für den Er-

halt der Verkehrswege, den sozialen Städtebau und entlastet die Kommunen.

Anspruch für die Zukunft

Er hätte sich noch 2009 nicht vorstellen können, einen ausgeglichenen Haushalt zu beschließen, sagte der stellvertretende Fraktionschef Carsten Schneider. Dass das jetzt möglich ist, liege unter anderem an der guten Steuerbasis, aber auch an höheren Löhnen und geringeren Sozialausgaben. Und natürlich am niedrigen Zinsniveau.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden soll keine einmalige Angelegenheit sein, sondern der Anspruch für die kommenden Jahre. Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass Deutschland auch in den nächsten Haushaltsjahren ohne neue Schulden auskommen kann. ■

Mehr Infos zum Thema:

www.spdfraktion.de

Termine

15. Dezember: Der Mindestlohn kommt – Mehr Lohngerechtigkeit schaffen, 11011 Berlin.

14. Januar: 25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention – Kinderrechte stärken, 10117 Berlin.

Weitere Infos und Termine:
www.spdfraktion.de
www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 08. Dezember 2014

Herstellung: Network Media GmbH

Redaktion: Stefan Hintermeier, Johanna Agci, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Gero Fischer

Texte: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– per Fax: 030/22756800